

Übergang zu einer effektiven und sozialen Marktwirtschaft in der DDR als Grundlage für die Vereinigung der beiden Volkswirtschaften vor der Währungsunion zu erreichen. Dabei hätte auch ein Währungsverbund helfen können. Mit dem vorliegenden Staatsvertrag soll der umgekehrte Weg beschritten werden. Dies bedeutet, daß in einem Gewaltakt Wirtschaftsveränderungen herbeigeführt werden sollen, unabhängig davon, welche sozialen Auswirkungen dies hat. Es ist allgemein bekannt, wie lange Staaten bei gleicher sozialökonomischer Grundlage benötigen, um die Voraussetzungen für eine EG-Mitgliedschaft zu erreichen. Obwohl die DDR eine ganz andere Wirtschaftsstruktur hat, sollen diese Prozesse, die ansonsten Jahre dauern, über Nacht durchgesetzt werden.

Wenn uns im Wahlkampf stets vorgehalten wurde, daß die Bürgerinnen und Bürger der DDR von Experimenten genug hätten, so meinen wir, daß dies das größte wirtschaftspolitische Experiment ist, das je stattgefunden hat.

(Beifall bei der PDS)

Im Falle seines Scheiterns sind Wiederholungen im Unterschied zu naturwissenschaftlichen Experimenten nicht möglich. Kein Wirtschaftswissenschaftler ist in der Lage, die Folgen zuverlässig einzuschätzen. Kürzlich wurde sogar von einem Urknall gesprochen, dessen Folgen erst nachträglich einzuschätzen sind. Wenn jedoch der Weg der Währungsunion als erster Schritt gegangen wird, hätte es dringend eindeutiger Vereinbarungen bedurft, um eine Effektivitätsangleichung der Wirtschaft der DDR in Industrie und Landwirtschaft in einer angemessenen Zeit zu sichern.

Soziale Sicherheit verlangt zuerst Beschäftigung. Arbeitslosigkeit - auch mit Arbeitslosenunterstützung garniert - ist ihrem Wesen nach inhuman und asozial.

(Unruhe im Saal)

Na, wenn Sie Arbeitslosigkeit als human und sozial betrachten, dann unterscheiden wir uns halt in diesem Punkt.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

In diesem Zusammenhang ist es besonders unverständlich, daß die Betriebe und Genossenschaften der DDR nicht grundsätzlich entschuldet wurden. Es ist wirtschaftspolitisch unzulässig, Schulden, die größtenteils fiktiv sind und aus dem alten Wirtschaftssystem resultieren, in eine Marktwirtschaft hinüberzunehmen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Schulden halbiert werden. Auch die Guthaben der Betriebe werden ja halbiert, während die Unkosten gleich bleiben und z.T. noch steigen.

Die Chancen der Betriebe der DDR im Wettbewerb werden damit von vornherein selbst in jenen Bereichen erheblich verschlechtert, die bisher effektiv gewirtschaftet haben. Das gilt z. B. für viele Betriebe des Maschinenbaus. Mit der Entschuldung würden auch die Einnahmen des Staatshaushaltes nicht unzulässig gekürzt werden; denn diese fallen ohnehin weg, wenn die Betriebe in Konkurs gehen müssen. Diese Einnahmen würden dagegen über Steuern steigen, wenn den Betrieben die Effektivitätsangleichung innerhalb der Marktwirtschaft gelänge. Entgegen der Zusicherung der Betriebe und entgegen den Forderungen der SPD in der BRD ist es insgesamt nicht gelungen, günstige Bedingungen für Chancengleichheit der Betriebe der DDR in der kommenden Marktwirtschaft zu sichern. Jeder Staat sichert Bedingungen, daß sich seine eigene Wirtschaft entwickeln kann. Das gilt auch für die BRD. Ganze Bereiche, z. B. die Landwirtschaft, die Stahlindustrie, der Kohlebergbau, wären ohne Subventionen in der BRD nicht überlebensfähig. Nur für die DDR soll es künftig kaum noch solche Maßnahmen geben, weil diese angeblich der Marktwirtschaft widersprechen. Damit wird aber völlig unnötig die DDR-Wirtschaft in großem Maße gefährdet. Daran ändern auch schwache Absichtserklärungen zum Schutze der Landwirtschaft nichts.

Wenn die Überproduktion aus dem Bereich der EG den Binnenmarkt der DDR sättigt, sind die Landwirte in der DDR fast

chancenlos. Das zeigen bereits die letzten Wochen unmißverständlich.

In diese Richtung geht auch das Verhalten einer Vielzahl von Leitern der Handelseinrichtungen, die sich schon jetzt weigern, DDR-Produkte anzunehmen.

(Proteste bei CDU/DA)

Sie orientieren sich faktisch ausschließlich auf Produkte aus der BRD und leisten damit ihren Beitrag für einen baldigen Konkurs zahlreicher Betriebe in der DDR.

Durch die Regelungen zur Währungs- und Wirtschaftsunion wird in Kauf genommen, daß in der DDR Massenarbeitslosigkeit entsteht. Massenarbeitslosigkeit bringt aber nicht nur tiefe soziale und psychologische Probleme für die davon Betroffenen. Sie schwächt auch den Staatshaushalt erheblich, weil sie Ausgaben verschlingt und Einnahmen verringert. Es besteht die reale Gefahr, daß die DDR in erster Linie als Absatzmarkt und nicht als Investitionsmarkt behandelt wird. Die Investitionen sollen später insbesondere dadurch erreicht werden, daß die DDR ein Billiglohnland bleibt, so daß die Kosten der Produktion gering und die Gewinne der Kapitalgeber hochgehalten werden können.

Im Prozeß der Vereinigung werden so die Lohnabhängigen in beiden deutschen Staaten gegeneinander ausgespielt. Dadurch entstehen zusätzliche soziale Gefahren.

Unverständlich ist auch, daß für Handwerker, Gewerbetreibende und Unternehmer kleinerer und mittlerer Betriebe in der DDR keine Chancengleichheit hergestellt wird.

(Proteste bei CDU/DA)

Ihre Geschäftskonten werden im Verhältnis 1:2 umgetauscht, obgleich ihre Kosten, insbesondere Lohnkosten in gleicher Höhe bestehen bleiben bzw. durch höhere Betriebsanteile bei Beiträgen für Versicherungen der Beschäftigten sogar steigen.

(Zwischenruf eines Abgeordneten von CDU/DA: Herr Gysi! Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Nee, noch nicht. Lassen Sie mich das mal im Zusammenhang machen.

Eine Abwertung veralteter Anlagen, absatzgefährdeter Materialien und verschlissener baulicher Substanz erfolgt nicht. Unternehmer ab 50. Lebensjahr erhalten nicht einmal die Möglichkeit zur Inanspruchnahme günstiger Kredite. Das alles kann für diese Betriebe zu einer Existenzfrage werden. Zumindest wird die Entlassung von Arbeitskräften geradezu provoziert, die bereits begonnen hat.

Insgesamt ist deshalb festzustellen, daß die Vereinbarungen zur Währungs- und Wirtschaftsunion entgegen den Zusicherungen in der Regierungserklärung die Interessen der 16 Millionen DDR-Bürger kaum berücksichtigen. Dagegen wurden die Interessen der Kapitalgeber der BRD und ihrer Regierung überdimensional berücksichtigt.

(Zurufe: Unerhört!)

Finde ich auch.

(Beifall bei PDS)

Vorteile für die Werktätigen in der Bundesrepublik bringt die Vereinbarung auch nicht. Im Gegenteil! Soweit Unkosten entstehen, werden diese irgendwann über Steuerbelastungen auf sie abgewälzt werden.

Sie werden eine solche Beteiligung an den Kosten jedoch nicht als notwendigen Solidarbeitrag empfinden, wenn, wie dargestellt, durch die Vereinbarungen einseitig die Gewinne der Kapitalgeber steigen.